

"Unsere Stadt Köln – Krise als Chance"

Anforderungen der Wirtschaft an die Kommunalpolitik in der aktuellen politischen Krise

Vorrangiges Ziel der Kommunalpolitik muss es sein, die Stadt Köln finanziell und damit politisch wieder handlungsfähig zu machen. Die Stadt muss über das Stopfen akuter Haushaltslöcher hinaus wieder in die Lage versetzt werden, Köln zukunftsfähig zu gestalten. Die Kölner Wirtschaft unterbreitet in diesem Papier Vorschläge zur strukturellen Haushaltskonsolidierung und zur Stärkung der wirtschaftlichen Basis der Stadt Köln. Im Hinblick auf die katastrophale Haushaltsslage, die sich seit vielen Jahren entwickelt und im misslungenen Verkauf der städtischen Wohnungsbaugesellschaften ihren akuten Höhepunkt gefunden hat, müssen die Aufgaben der Stadt dauerhaft auf ihren Kern reduziert werden. Jede Aufgabe und jede Beteiligung bedarf einer strikten Überprüfung hinsichtlich Notwendigkeit und Effizienz.

A. Haushalt in Ordnung bringen – Ausgaben dauerhaft senken – Vermögen mobilisieren

Köln muss

- kurzfristig das laufende Defizit in den Griff bekommen,
- seine Schuldenlast (mehr als drei Milliarden Euro) drastisch senken,
- die laufenden Ausgaben zurückfahren.

Zur Deckung des laufenden Defizits und zur Entschuldung ist der Verkauf von Vermögensbeteiligungen unausweichlich. Vermögen darf aber nicht stückweise zur Finanzierung des jeweils laufenden Haushalts verzehrt werden. Ein radikaler Schnitt ist erforderlich, um einen Neubeginn ohne strukturelle Defizite zu ermöglichen. Um aus dem Teufelskreis immer neuer jährlicher Defizite herauszukommen, sind erhebliche Einschnitte auf der Ausgabenseite nötig. Dies erzwingt radikale Aufgabenkritik.

1. Neuorganisation der Stadtverwaltung, z. B.:

- Privatisierung bzw. Veräußerung von operativen Verwaltungseinheiten (Grünflächen, Gebäudemanagement, Hochbau, etc.) – Ämter könnten dann verkleinert oder eventuell zusammengefasst und Leistungen durch Ausschreibung kostengünstig eingekauft werden.
- Straffen der Sozialverwaltung mit Controlling und Beschränkung der Leistungen auf das gesetzlich vorgeschriebene Mindestmaß - dem Missbrauch von Sozialleistungen entgegenwirken.
- Straffen der Kulturverwaltung durch mehr Zusammenarbeit in der Region und Bildung von qualitativen Schwerpunkten; die Schließung einzelner Spielstätten (Bühnen) darf dabei kein Tabu sein.

2. Überprüfung der Notwendigkeit aller städtischen Zuschüsse und Einrichtungen, z. B.:

- Der Zuschussbedarf von Veranstaltungsstätten – von der Bastei bis zum Bürgerzentrum – muss gesenkt werden. Der Betrieb von Veranstaltungs- und Gaststätten ist keine Kernaufgabe der Stadt.
- Überprüfung des Angebotes der Volkshochschule – Streichung wenig nachgefragter Kurse; Einführung betriebswirtschaftlich kalkulierter Preise – einkommensabhängig gestaffelt.

3. Personalabbau

Beschleunigung des Personalabbaus durch zügigen Abbau der Personalreserve; betriebsbedingte Kündigungen dürfen kein Tabu sein. Bei der Übertragung von städtischen Aufgaben auf Private ist ein Übergang des Personals sicherzustellen.

4. Veräußerung von Vermögensbeteiligungen der Stadt Köln

Aus Sicht der Wirtschaft ist die Veräußerung derjenigen Vermögensbeteiligungen zu empfehlen, die nicht zu den kommunalen Kernaufgaben zählen. Bei der Veräußerung können drei unterschiedliche Motive wirtschaftlich im Vordergrund stehen. Die nachfolgenden Beispiele müssen vorbehaltlos diskutiert und geprüft werden.

a) Verkauf von Gesellschaften und Beteiligungen, um Erlöse zu erzielen und den Haushalt zu konsolidieren, z. B.:

- GAG/Grubo – der Verkauf ist aus Sicht der Wirtschaft weiterhin richtig und notwendig, auch ein teilweiser Verkauf ist sinnvoll
- Wohnungsgesellschaft der Stadtwerke Köln GmbH WSK
- GEW RheinEnergie AG inklusive Tochterunternehmen
- HGK-Betriebsgesellschaft (nach Aufspaltung in Besitz- und Betriebsgesellschaft)
- Kölner Außenwerbung GmbH
- Betriebsgesellschaft der KölnMesse (nach Aufspaltung in Besitz- und Betriebsgesellschaft)
- Aktienbesitz
- städtische Kliniken
- RehaNova Köln Neurologische Rehabilitationsklinik GmbH
- Verkauf städtischer Gebäude- und Grundstücke, soweit diese nicht als Angebotsreserve für Investoren benötigt werden

b) Verkauf, um Verluste zu reduzieren, z. B.:

- NetCologne Gesellschaft für Telekommunikation mbH
- KölnBäder GmbH (Sicherstellung des Vereinssports über festgelegte Zuschüsse)

c) Verkauf, um kostengünstigere Strukturen zu schaffen, z. B.:

- AVG Abfallentsorgungs- und Verwertungsgesellschaft Köln mbH (Müllverbrennungsanlage)
- AWB Abfallwirtschaftsbetriebe Köln GmbH & Co. KG
- KVB-Betriebsgesellschaften (nach Aufspaltung in Besitz- und eventuell mehrere Betriebsgesellschaften)
- Kölner Gesellschaft für Arbeits- und Berufsförderung mbH KGAB (Auflösung)

B. Stillstand vermeiden – Zukunftspotenziale erschließen

Neben der Konsolidierung des Haushalts müssen die künftigen Einnahmepotenziale entwickelt und erschlossen werden. Die finanzielle Handlungsfähigkeit hängt von einer prosperierenden Wirtschaft ab. Nur eine verlässliche Stadtentwicklungs- und Finanzpolitik sichert Investitionen.

1. Vorantreiben entscheidender städtebaulicher Entwicklungen

Die guten Ansätze der vergangenen Jahre müssen vorangetrieben werden, z. B.:

- Dom/Hauptbahnhof/Breslauer Platz/Rheinufer
- Deutz: Bahnhof/Messe, Euroforum, Deutzer Feld
- Mülheim: (-Süd, -Nord, Güterbahnhof)
- Nord-Süd-Fahrt
- Rahmenkonzept Braunsfeld/Ehrenfeld
- Kalk: Kalk-Süd, CFK,
- Entwicklungsbereich südliche Innenstadt (Großmarktgelände)

- Umsetzung Gewerbeflächengesamtplan
- Biotechnologiestandort Köln
- Stadionbau: hier muss für die Stadt Köln als Sportstadt möglichst viel Nutzen gestiftet werden.

2. Keine Erhöhung der Gewerbesteuer (Beibehaltung des Hebesatzes)

Ein höherer Hebesatz bringt nicht zwangsläufig höhere Einnahmen. Eine Erhöhung der Gewerbesteuer würde die Finanzsituation der Stadt nur scheinbar verbessern, denn sie würde die Abwanderungsbereitschaft hiesiger Unternehmen erhöhen und potentielle neue Investoren abschrecken.

3. Schaffung einer leistungsfähigen Verkehrsinfrastruktur

Eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur ist wesentlicher Bestandteil eines starken Wirtschaftsstandortes sowie zentrale Voraussetzung für Wachstum und Beschäftigung. Wichtig ist sowohl die Erreichbarkeit Kölns von außerhalb als auch die Mobilität in Köln. Die Entwicklung des Flughafens Köln/Bonn (inklusive Nachtflug), der Ausbau des Autobahnringes, wie auch der Stadtstraßen und ein besserer und wirtschaftlicher ÖPNV sind von entscheidender Bedeutung.

4. Ausbau Kölns als Logistikknoten

Der zentrale Standort Köln muss die Chance, seine Position als Logistikknoten des Westens auszubauen, nutzen. Die Einbindung in moderne, multimodale Logistiknetze wird für die Wirtschaft zu einem immer wichtigeren Schlüsselfaktor bei der Standortentscheidung. Der Ausbau der Häfen (vor allem Godorf), die Erweiterung des Güterverkehrszentrums Köln Eifeltor, der Bau eines weiteren rechtsrheinischen Güterverkehrszentrums und eines Frischelogistikzentrums sind unabdingbar.

C. Vertrauen zurückgewinnen

Ziel der Kommunalpolitik muss es sein, das Vertrauen der Investoren in den Wirtschaftsstandort Köln durch eine verlässliche und solide Stadtpolitik zurückzugewinnen. Nur auf diese Weise kann Köln auf lange Sicht als attraktiver Gewerbe- und Bürostandort wachsen und der Haushalt der Stadt Köln auf eine gesunde Basis gestellt werden. Es muss deutlich werden, dass Rat und Verwaltung tatsächlich den Ernst der Lage erkannt haben und auf die Einsicht von Bürgern und Wirtschaft in die notwendigen Maßnahmen bauen. Nur so wird dieser Prozess das Selbstvertrauen der Bürger in die Problemlösungsfähigkeit der Kommunalpolitik wiedergewinnen und den Eindruck schlechenden, konzeptionslosen Abbaus von städtischer Leistung ohne wirkliche Perspektive vermeiden.

24. Januar 2003

Ihr Ansprechpartner:

Dr. Uwe Vetterlein

Tel. +49 221 1640-400

Fax +49 221 1640-409

E-Mail: uwe.vetterlein@koeln.ihk.de

Industrie- und Handelskammer zu Köln

Unter Sachsenhausen 10-26

50667 Köln

www.ihk-koeln.de